

Wirtschaftspolitik

Populisten und Produktivität

Seit Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008 ist die Produktivität in den USA, in Europa und in Japan absolut und im Vergleich zu den vergangenen Jahrzehnten sehr langsam gestiegen. Dies steht im Widerspruch zu der im Silicon Valley und in anderen globalen Technologiezentren vorherrschenden Ansicht, dass wir dabei sind, in ein neues goldenes Zeitalter der Innovation einzutreten, in dem das Produktivitätswachstum radikal steigt und sich die Weise, wie wir leben und arbeiten, drastisch verbessert. Warum also haben sich diese Erfolge bisher nicht eingestellt und was könnte passieren, wenn dies so bleibt?

Das «Produktivitätsrätsel» und sechs Innovationen

Bahnbrechende Innovationen sind in mindestens sechs Bereichen erkennbar:

- Den Energietechnologien, einschliesslich neuer Formen fossiler Brennstoffe wie Schiefergas und -öl, alternativer Energien wie Sonne und Wind, Speichertechnologien, «Cleantech» und intelligenter Stromnetze;
- den Biotechnologien, einschliesslich der Gentherapie, der Stammzellenforschung und der Nutzung grosser Datenmengen, um die Kosten im Gesundheitswesen zu senken und den Menschen ein längeres und gesünderes Leben zu ermöglichen;
- den Informationstechnologien wie etwa dem Web 2.0/3.0, den sozialen Medien, neuen Apps, dem Internet der Dinge, Big Data, Cloudcomputing, künstlicher Intelligenz sowie Virtual-Reality-Geräten;
- den Fertigungstechnologien wie der Robotik,



Nouriel Roubini
Ökonomie-Professor
Stern School, New York

«Es ist für hoch entwickelte Länder sehr wichtig, etwas gegen den Abschwung in der Produktivität zu tun – bevor er die Stabilität gefährdet.»

der Automatisierung, dem 3D-Druck und der personalisierten Fertigung;

- den Finanztechnologien, die versprechen, alles von Zahlungssystemen bis hin zu Kreditvergabe, Versicherungsleistungen und Asset-Allokation zu revolutionieren;
- den Verteidigungstechnologien, einschliesslich der Entwicklung von Drohnen und anderen hoch entwickelten Waffensystemen.

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene besteht das Rätsel darin, warum diese Innovationen, von denen viele bereits im Einsatz sind, nicht zu einem Anstieg des Produktivitätswachstums geführt haben. Es gibt mehrere potenzielle Erklärungen für dieses «Produktivitätsrätsel».

- Erstens verblasen laut Technologie-Pessimisten die wirtschaftlichen Auswirkungen der jüngsten Innovationen hinter den grossartigen Innovationen der ersten und zweiten industriellen Revolution.
- Eine zweite Erklärung ist, dass es immer eine Zeitverzögerung zwischen Innovation und Produktivitätswachstum gibt. Bis zur allgemeinen Verbreitung der neuen Technologien und messbaren Steigerungen des Produktivitätswachstums könnte es eine Weile dauern.
- Es gibt noch eine vierte Möglichkeit: Wachstumspotenzial und Produktivitätswachstum sind seit der Finanzkrise tatsächlich gesunken, da in den meisten hoch entwickelten Volkswirtschaften und einigen wichtigen Schwellen-

märkten (wie etwa China und Russland) alternende Bevölkerungen, im Verbund mit niedrigeren Investitionen in physisches Kapital (das die Arbeitsproduktivität erhöht), zu einem niedrigeren Trendwachstum geführt haben. Tatsächlich ist die von Larry Summers vorgeschlagene Hypothese einer «säkularen Stagnation» mit diesem Rückgang vereinbar.

Eine verwandte Erklärung stellt auf ein Phänomen ab, das die Ökonomen als Hysterese bezeichnen: Ein anhaltend schwacher Aufschwung kann das Wachstumspotenzial aus mindestens zwei Gründen verringern. Erstens verlieren Arbeitnehmer, die zu lange arbeitslos sind, ihre Fertigkeiten und ihr Humankapital. Zweitens führt ein Investitionsrückgang zu einem dauerhaft niedrigeren Produktivitätswachstum, weil technologische Innovationen in neue Kapitalgüter eingebettet sind.

Fehlendes Wachstum fördert Populismus

Die Wahrheit ist, dass wir nicht genau wissen, was das Produktivitätsrätsel bedingt oder ob es sich dabei um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Vermutlich ist an allen der angebotenen Erklärungen etwas dran. Doch falls das schwache Produktivitätswachstum – und damit auch das unterdurchschnittliche Wachstum von Löhnen und Lebensstandard – anhält, dürfte sich die jüngste populistische Gegenreaktion gegen Freihandel, Globalisierung, Migration und marktorientierte Politik noch verstärken. Es ist daher für die hochentwickelten Volkswirtschaften sehr wichtig, etwas gegen den Produktivitätsabschwung zu tun, bevor er die politische Stabilität gefährdet.

Konzerninitiative Unnötiger Alleingang

Zu gutem wirtschaftlichen Handeln gehört, dass ein Unternehmen Menschenrechte einhält und Sorge zur Umwelt trägt. Es entsteht eine Verantwortung der Wirtschaft für Mensch und Umwelt, bekannt unter dem Namen Corporate Social Responsibility (CSR).

Schweizer Unternehmen sind sich dieser Verantwortung bewusst und stellen sich ihr seit Jahren auf der ganzen Welt. So produziert Caran d'Ache 97 Prozent seiner Stifte aus Holz, das vom Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert wurde. Die ABB führt regelmässig Schulungsprogramme durch, um das Bewusstsein des Managements für Menschenrechte und soziale Verpflichtungen weiter zu stärken. LafargeHolcim setzt in Hochrisikoländern auf eine professionelle Begleitung von Prozessen in ihren Geschäftseinheiten.

Globale Aufgabe kann nicht in der Schweiz gelöst werden

Es gibt viele solche Beispiele. Sie sind Ausdruck einer Grundhaltung, die sich unter anderem in einer Unterstützung des UN Global Compact seitens der Schweiz und vieler Schweizer Unternehmen manifestiert. Der Global Compact wurde im Jahr 2000 vom damali-



«Schweizer Firmen müssten für das Verhalten von Dritten haften.»

Felix R. Ehrat
Präsident Swiss Holdings

gen UN-Generalsekretär Kofi Annan und der Internationalen Handelskammer mit namhaften Schweizer Firmen als Erstunterzeichnern gegründet. Heute ist er mit einer Mitgliederzahl von rund 8000 Unternehmen und 4000 NGO die grösste CSR-Plattform der Welt. Ihrem Ruf als Hort der Menschenrechte wird die Schweiz auch mit ihrem Vorsitz im UN Global Compact gerecht.

Die globale Perspektive und das entsprechende Handeln stehen also im Mittelpunkt, um den Zielsetzungen gerecht zu werden. Das genaue Gegenteil, die explizit nationale Perspektive, verfolgt nun eine Initiative, für die zurzeit Unterschriften gesammelt werden: Die Konzernverantwortungsinitiative, die von vielen NGO unterstützt und demnächst eingereicht wird. Sie will mit einem schweizerischen Verfassungszusatz eine globale Aufgabe lösen,

indem sie verlangt, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz eine Sorgfaltsprüfung einführen müssen. Diese soll nicht nur die Auslandstätigkeiten der Firmen umfassen, sondern auch die Unternehmen, mit denen sie im Ausland zusammenarbeiten.

Selbstverständlich besteht eine solche Verantwortung bereits jetzt. Doch eine Umsetzung im Rahmen der entsprechenden UN-Richtlinien, den sogenannten UN Guiding Principles on Business and Human Rights in Sachen Menschenrechtsschutz ist effektiver als die von den Initianten geforderte Implementierung von Schweizer Recht auf nationaler und gar internationaler Ebene.

Die Initiative aber geht noch weiter. Sie will, dass Unternehmen für den aus der Nichteinhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards resultierendem Schaden haften, den

irgendwo auf der Welt tätige Zulieferer und Subunternehmer verursacht haben. Schweizer Unternehmen müssten für das Verhalten von Dritten, das heisst für Vorkommnisse ausserhalb ihrer Einflussphäre haften und könnten dafür in der Schweiz eingeklagt werden. Diese Haftung könnte laut Initiative nur vermieden werden, wenn die Unternehmen nachweisen, dass sie bei all ihren Geschäftspartnern für die Einhaltung aller relevanten Standards gesorgt haben. Dies ist in der Praxis unmöglich. Die Initiative will hier bedeutend weiter gehen als vergleichbare ausländische Regelungen.

Internationale Kooperationen statt nationalstaatliche Alleingänge

Die Wirtschaft anerkennt ihre Verantwortung, die Menschenrechte zu wahren und die Umwelt zu schützen. Zu begrüssen ist, dass die Initiative den Unternehmen eine öffentliche Plattform gibt, um die von ihr seit Jahren ergriffenen Massnahmen nach aussen hin zu präsentieren. Die Rezepte des Volksbegehrens allerdings sind falsch und längst überholt. Partnerschaftliche Kooperationen und ein Vorgehen im internationalen Verbund sind bedeutend wirkungsvoller als nationalstaatliche Alleingänge.

DIALOG



HZ Nr. 22 2.6.2016
«Trauer am Arbeitsplatz – Was Firmen tun müssen»
Vielen Dank für den interessanten Beitrag. Was geschrieben steht, stimmt grundsätzlich, wird jedoch aus meiner Erfahrung in der Akutsituation und in den nächsten Wochen nach dem Todesfall wenig helfen. Bei meiner jahrelangen Arbeit als Dienstleister für Trauer am Arbeitsplatz habe ich immer wieder erlebt, dass die vermeintlich widerstands-

fähigsten Führungskräfte im Fall der Fälle total hilflos waren. Sei es der Kontakt zur Familie, der Kontakt zum Team, zur Arbeitsgruppe, die betroffen sind, oder die schriftliche Kondolenz. Wiedereingliederungsgespräche nach Todesfällen (Fehlgeburt, Kindstod, Suizid) sind ein Horror für Betroffene. Bei Themen wie Fürsorgepflicht des Arbeitgebers und Gefährdungsbeurteilung steigen selbst Sicherheitsbeauftragte aus und wissen nicht mehr weiter.
Ulrich Weizel



HZ Nr. 22 2.6.2016
«Wie mächtig ist der Schweizer Pass?»
Der Schweizer Pass ist ein wertvolles Wertpapier. Vorausgesetzt, die Schweiz hält an Personenfreizügigkeit fest.
Stefan Schlegel
@stefan_schlegel

HZ Nr. 22 2.6.2016
«Die Schweiz feiert die Gotthard-Eröffnung»
Was macht Hollande an der GBT-Eröffnung? TGV Paris-Luino geplant? Oder

Spionage für den Ausbau Mont-Cenis?
Mike von Aesch
@mikevonaesch

HZ Nr. 22 2.6.2016
«Interview mit Professoren zum Grundeinkommen»
«Das Grundeinkommen wäre in der Schweiz umsetzbar.»
via@Handelszeitung: Interview mit Professoren zum Grundeinkommen.
Gregor Ziltener
@Novalis1



HZ Nr. 22 2.6.2016
«Repower holt sich frisches Geld bei EKZ und UBS»
Das Problem ist nicht so sehr, dass sich der Kanton in die Geschäfte von Repower einmischte, sondern eher, dass er es nicht tat, als er es hätte tun müssen. Aber klar, eine Gesellschaft in rein privatem Besitz hätte keine derart überrissene Strategie aufgesetzt, denn die Privaten hätten ihr Vermögen verloren, hätten sie ihre Aufsichtspflicht verletzt oder wären sie

einfach inkompetent gewesen. Mario Cavigelli verliert dagegen gar nichts, nicht einmal seinen Sitz als Regierungsrat, und Martin Schmid wird deswegen auch seinen als Ständerat nicht verlieren. Ausserdem hätte eine rein private Firma auch gar keine derart überhöhte Strategie fahren können – weit über 300 Millionen wurden in den Sand gesetzt –, denn keine Bank hätte einer privaten Gesellschaft dafür Geld geliehen.
Peter Vogelsanger

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:
E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel